

# Stillstand auf dem Lysbüchel-Areal

Bebauungspläne des Kantons bleiben aus – Gewerbeverband ist verunsichert

Von Serkan Abrecht

**Basel.** Seit vier Jahren hadern und bangen der Gewerbeverband Basel-Stadt (GVBS) und viele Politiker der bürgerlichen Lager um das Gewerbe auf dem Lysbüchel-Areal. Die grössten Mitinhaber des Areals sind die SBB, der Kanton und die Stiftung Habitat. Seit die SBB den auf ihrem Grundstück ansässigen Unternehmen mit einer Verlängerungsoption auf 2017 oder 2021 gekündigt haben, macht sich Unsicherheit bei den Unternehmern breit.

In der Dezemberausgabe der vom GVBS publizierten *KMU News* beanstandet der Verband, dass die ungewisse Zukunft des 11,6 Hektar grossen Areals für allgemeine Planungs- und Investitionsunsicherheit bei den anwesenden Unternehmen sorgt. Das noch anwesende Gewerbe zeigt sich skeptisch, ob es die Optionsverlängerung aufgrund der momentanen Lage in Betracht ziehen soll. Einige Firmen seien schon ins Umland abgewandert. Unternehmer, die sich auf Standortsuche befänden, würden das Lysbüchel-Areal gar nicht erst in Erwägung ziehen. Gewerbedirektor Gabriel Barell gibt in den *KMU News* sein Bedauern über die momentane Lage bekannt und fordert Klarheit vonseiten des Kantons.

## Ausbleibende Antworten

Tatsächlich ist der Kanton bezüglich des weiteren Vorgehens auf dem Lysbüchel allen Involvierten und interessierten Parteien noch Rede und Antwort schuldig. Bis Ende Jahr soll der Bebauungsplan für das Areal Volta-Nord, das auch zum Lysbüchel gehört, öffentlich aufgelegt werden. Die Beantwortung eines parlamentarischen Anzugs des

jetzigen Regierungsrats Lukas Engelberger (CVP) durch den Regierungsrat ist seit Mai 2013 hängig. Ebenfalls ausstehend bleibt die Berichterstattung des Bau- und Verkehrsdepartements (BVD) unter Regierungsrat Hans-Peter Wesels (SP) über die gesamte Entwicklung auf dem Gewerbeareal. Man gab bekannt, bis Dezember des nun auslaufenden Jahres zu informieren.

«Dazu wird es dieses Jahr sicherlich nicht mehr kommen», sagt Marc Keller, Sprecher des BVD. «Solche Verspätungen können bei Grossprojekten vorkommen.» Das oppositionelle Vorgehen des Gewerbeverbands werde auch nicht zu

## CVP-Fraktionschef fordert Erhaltung des Gewerbes

**Basel.** Gleich vier ausstehende Vorstösse hat der Regierungsrat gestern in einer Kurzmitteilung beantwortet. Die Anzüge der Grossräte Remo Gallacchi (CVP), Heiner Vischer (LDP) sowie der ehemaligen FDP-Grossräte Urs Schweizer und Elias Schäfer (FDP) bezogen sich auf den Erhalt und die Förderung von Gewerbearealen sowie der Möglichkeit, Ersatzflächen für das handwerkliche und produzierende Gewerbe zu bieten.

Die Regierung beantragt nun dem Grossen Rat, die Vorstösse als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat begrüsse zwar das gemeinsame Ziel der Anzüge, dass Gewerbebetriebe weiterhin in Basel ansässig sind. Die vorgeschlagenen Massnahmen seien jedoch nur teilweise sinnvoll, da sich zusätzliche Regulierungen negativ auf die wirtschaftliche Entwicklung des Kantons auswirken würden. Man sei aber bestrebt, die Rahmenbedingungen

einer Beschleunigung der Planung führen. Der Verband konstatiert jedoch, dass er sich weiterhin für eine Verdichtung des Gewerbeareals, aber in der Zonenplanung weiterhin auf dem Status Quo, also dem Weiterverbleib eines rein industriell nutzbaren Areals, einsetzen werde.

«Das Lysbüchel-Areal ist das letzte zusammenhängende Gewerbeareal der Stadt», sagt Patrick Erny, Projektleiter Politik im GVBS. «Eine Mischzone zwischen Wohnen und Arbeiten führt zu einer Verdrängung der Unternehmen. Das wissen wir bereits aus schon existierenden Wohnmischzonen, wo die Kla-

für das Gewerbe permanent zu verbessern.

Mit dieser Antwort ist Remo Gallacchi, Fraktionspräsident der CVP Basel-Stadt im Grossen Rat, gar nicht zufrieden. «Diese kurze Antwort macht den Anschein, als ob der Regierungsrat die Situation nicht ernst nehmen würde.» Ein solches Thema erfordere eine saubere und detaillierte Bearbeitung. Er werde sich mit dem Liberalen Heiner Vischer zusammensetzen und sich im Grossen Rat dafür einsetzen, die Anzüge stehen zu lassen. Ebenfalls verlangt Gallacchi ein Schreiben der Regierung, in dem sie sich zu der Erhaltung des Gewerbeareals Lysbüchel und dessen Verbleib in der Zone 7 (Industrie- und Gewerbezone) bekennt. «Es scheint so, als ob die Regierung bereits entschieden hat, was mit dem Areal geschieht», erklärt Gallacchi. Er werde weiter für die Erhaltung der Zone 7 kämpfen. sa

gen der Anwohner aufgrund der Lärmemissionen für einen erhöhten Druck auf die Unternehmer sorgten, welche letztendlich wegziehen mussten.» Dies führe dann zu einer Fluktuation von Gewerbebetrieben ins Umland und habe somit einen negativen Einfluss auf den basel-städtischen Arbeitsmarkt.

Diese angekündigte Gewerbezerstreuung bestreitet Marc Keller: «Die von uns angestrebte Verdichtung führt nachhaltig sogar zu mehr Platz für Unternehmen als bisher. Ebenso ist die Entstehung von neuen Wohnflächen enorm wichtig. Die Lage im Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Umso wichtiger ist, dass wir solche Chancen wie den Lysbüchel nutzen.» Es sei jedoch so, dass dafür einige der ansässigen Betriebe weichen müssen. Dies sei unvermeidbar im Gesamtinteresse. Der Norden des Areals stehe dem Gewerbe aber nach wie vor zur Verfügung.

## Verzögerung der Planaufgabe

Die Aussage von Keller unterstreicht auch Basil Gilliéron, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Fachstelle Wohnraumentwicklung in der Kantons- und Stadtentwicklung. «Auch wenn nach wie vor jährlich über 17 000 Personen alleine innerhalb des Kantons umziehen können, ist mit einer Wohnungsleerstandsquote von 0,3 Prozent die Situation auf dem Wohnungsmarkt angespannt.

Darum sind Projekte wie das Lysbüchel-Areal wichtig, um den Wohnungsmarkt ein wenig zu entspannen.» Der momentane Interessenskonflikt verzögert die öffentliche Planaufgabe weiter. Die SBB seien noch immer im Dialog mit Baurechtsnehmern auf ihrem Areal, sagt Marc Keller. Eine Offenlegung sei aber im folgenden Jahr zu erwarten.